

EU-Emissionshandel

BDEW unterstützt EU-Pläne

[26.10.2015] Die jährlich zugeteilte Gesamtmenge an CO₂-Emissionsrechten in der EU soll schneller sinken soll als bislang. Darüber beraten die EU-Umweltminister.

Die Umweltminister der 28 EU-Mitgliedstaaten beraten heute (26. Oktober 2015) erstmals über die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS). Anlässlich des EU-Umweltministertreffens bekräftigt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) seine Unterstützung für den Kommissions-Vorschlag, mit dem die jährlich zugeteilte Gesamtmenge an CO₂-Emissionsrechten in der EU schneller sinken soll als bislang. Demnach soll sich die Zahl der CO₂-Zertifikate ab 2021 jedes Jahr um 2,2 Prozent reduzieren statt wie bislang um 1,74 Prozent. Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Nach der Einigung auf die Marktstabilitätsreserve und der Überführung der zeitweise zurückgehaltenen Backloading-Zertifikate in die Reserve wäre eine solche Reform des Reduktionspfades ein weiterer wichtiger Schritt zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele.“ Nur so könne sichergestellt werden, dass die vom Emissionshandelssystem erfassten Sektoren bis zum Jahr 2030 das CO₂-Reduktionsziel von 43 Prozent gegenüber 2005 auch tatsächlich erreichen. Der Emissionshandel ist nach den Worten von Müller das zentrale Instrument der EU-Klimapolitik. Es müsse in seiner Wirkungskraft weiterhin konsequent gestärkt werden. Wenn die 28 EU-Mitgliedstaaten es im Umweltrat schafften, sich auf die Eckpunkte für eine Reform des Emissionshandels zu einigen, wäre dies nach Auffassung des BDEW mit Blick auf die UN-Klimakonferenz in Paris ein wichtiges Zeichen an die internationale Staatengemeinschaft.

(al)

Stichwörter: Politik, BDEW, Emissionshandel